

„Der Protest war störend“

Bürger wollen mitreden – Politiker sind brüskiert / Münchehagen-Plenum soll Gräben schließen

Von Gabi Stief

Münchehagen

Die Zeiten, da Heinrich Bredemeyer vor dem Tor der Sondermülldeponie Münchehagen stand und demonstrierte, sind vorbei. Jetzt wettet er gegen die Schlampeereien der Behörden vom deponieeigenen Telefon aus. Vor wenigen Wochen hat der Sprecher der Arbeitsgemeinschaft „Bürger gegen Giftmüll“ das ehemalige Baubüro auf dem Deponiegelände bezogen. Mit dem Versprechen der neuen Landesregierung, die Bürgerinitiativen bei der anstehenden Sanierung zu beteiligen, sind die Ansprüche gewachsen. „Um mitreden zu können, brauchen wir die gleichen Rahmenbedingungen“, meint Bredemeyer. Das Büro sei nur ein Anfang, nun fehle noch das entsprechende Gehalt.

Als sich vor zehn Jahren 250 Leute in der kleinen Bahnhofskneipe in Loccum drängten und eine Bürgerinitiative gründeten, war Bredemeyer mit dabei. Ein

Zeitungsbericht über die mögliche illegale Lagerung von Cyanid auf der nahegelegenen Deponie hatte das Dorf in Aufregung versetzt. „Vorher hatte sich niemand darum geschert, was auf der Kippe im Wald geschah“, gesteht Bredemeyer. Die Bürgerinitiative machte Dampf. Stadtverwaltung und Kommunalpolitiker waren brüskiert. „Die Kritik ärgerte uns. Der Protest war störend“, erinnert sich der Rehburger Bürgermeister Hans Elbers. „Uns war von den Betreibern eine erstklassige Deponie vorgestellt worden. Warum sollten wir daran zweifeln?“

Auch das Landesamt für Bodenforschung habe damals versichert, die Deponie sei dicht. „Als Politiker mußten wir denen glauben.“ Heute habe man hinzugelert: „Die haben einfach gelogen.“

Der Bürgerprotest und die störrische Haltung der Politiker entzweite die Stadt. Ein Dialog fand vorerst nicht statt. Wie hilfreich er hätte sein können, beweist das Vorgehen der hannoverschen Stadtwerke.

Als sich 1985 eine Bürgerinitiative gegen den Bau des Gemeinschaftskraftwerkes in Hannover-Stöcken formierte, entschied man sich in der Chefetage des kommunalen Energieversorgungsunternehmens für den Dialog. Die Klage der Kraftwerksgegner wurde mit einer Einladung beantwortet. Eine projektbegleitende Arbeitsgruppe wurde gegründet, in der sowohl Vertreter der umliegenden Städte als auch Mitglieder der Bürgerinitiative ihre Bedenken vorbringen konnten. Das Engagement der Stadtwerke zahlte sich aus. Ein Jahr nach der Konstituierung der Arbeitsgruppe zog die Bürgerinitiative ihre Klage zurück. Im Gegenzug verpflichtete sich das Unternehmen zu zusätzlichen Umweltschutzauflagen. Außerdem wurden 90 Prozent der Gerichtskosten erstattet.

Es sei nicht immer leicht gewesen, sich „ein hohes Maß an Sensibilität für die Sorgen der Mitbürger in zum Teil äußerst aggressiven und spannungsgeladenen Gesprächssituationen zu bewahren“, bilan-

Planer und Politiker haben es nicht leicht. Der Bürger ist aktiv geworden. Wenn heute eine Buslinie verlegt wird, ist die Gründung einer Bürgerinitiative so gut wie sicher. Wenn für Aussiedler Häuser gebaut werden, gehen die Nachbarn auf die Barrikaden. Jeder neue Deponiestandort, jedes Straßenbauprojekt provoziert Protest. Werden Bäume abgeholzt, zürnt der Bürger. Die Sicherung des Bestehenden gilt mittlerweile vielerorts als Fortschritt. Den Behörden wird mißtraut, und auch Politiker haben an Glaubwürdigkeit eingebüßt. Nicht selten sind es Bürgerinitiativen, die Planungsfehler oder Mißstände ans Tageslicht bringen. Die Kluft zwischen „denen da oben“ und dem Bürger ist größer geworden. Neue Wege sind gefragt. Bereits mit einer frühzeitigen Beteiligung des „mündigen Bürgers“ an Planungsvorhaben lassen sich oft aufreibende Konfrontationen vermeiden. Rund um die Sondermülldeponie Münchehagen hat man jetzt aus den Erfahrungen einer jahrelangen Feindschaft zwischen Politik, Verwaltung und Bürger Konsequenzen gezogen. Ein neues Gremium soll Gräben schließen. Die bevorstehende Sanierung soll nicht länger am grünen Tisch entschieden werden. Ein „Runder Tisch“ hat Premiere.

zierte Stadtwerkechef Erich Deppe im abschließenden Arbeitsbericht. Doch auch ein Gerichtsstreit, so das Resümee, wäre aufreibend gewesen. Nicht zu unterschätzen sei zudem der „Gewinn an Glaubwürdigkeit und Akzeptanz in der Öffentlichkeit“.

Rund um die Deponie Münchehagen brauchte man Jahre, um dies schätzen zu lernen. Heute hat Bürgermeister Elbers

nach eigenem Bekunden keine Berührungängste mehr. Seitdem offensichtlich ist, daß die Deponie eine Umweltgefahr darstellt, ist die Feindschaft zwischen Bürgerinitiative und Bürgervertretern beigelegt. Seit Jahren wird gemeinsam gegen das Land gestritten. Doch auch Grundsätzliches hat sich Elbers nach der hitzigen Auseinandersetzung zu eigen gemacht: Für ihn gehört eine Bürgerinitiative mittlerweile zum Selbstverständnis der Kommunalpolitik hinzu. Vom Sachverständigen, der „da zusammenkomme“, könne man nur profitieren. Bedauerlich sei jedoch, daß sich die Leute lieber in Bürgerinitiativen als in Parteien engagieren. „Einige hätte ich gern in meiner Fraktion.“ Zwei Vertreter der örtlichen Bürgerinitiative sind zumindest Ratskollegen geworden, wenn auch nicht Parteimitglieder. 1981 kandidierten die Deponiegegner erstmals mit Erfolg. Anfangs enthielt man sich noch bei allen Themen, die nichts mit der Deponie zu tun hatten. Doch diese Zeiten sind vorbei.

Das letzte Kapitel im Dialogdrama in Münchehagen ist noch nicht geschrieben. Spät begann man, dem Beispiel der Stadtwerke zu folgen. 1987 wurden auf Initiative des Landes alle Beteiligten an einen Tisch geholt. Doch das Konzept des öffentlich tagenden Münchehagen-Ausschusses ging nicht auf. „Von Konfliktlösung konnte keine Rede sein“, erinnert sich der Rehburger Stadtdirektor Dieter Hüsemann. „Man beschimpfte sich nur.“ Immer wieder habe man erfahren müssen, daß die Vertreter des Landes mit Informationen hinter dem Berg hielten. „Die Bürgerinitiative brachte es zutage, und wir standen als die Dummen da.“

Seit dem Regierungswechsel in Hannover versucht ein neues Gremium, die Gräben zu schließen. Bürgermeister Elbers und Stadtdirektor Hüsemann sind zusehends erfolgreich. Erfolgversprechend sei insbesondere die Einrichtung eines Vermittlungsausschusses, der im Gegensatz zum Plenum hinter verschlossenen Türen tagt. „Erstmals können Schwächen und Fehler zugegeben werden. Kritik ist möglich.“ Viel steht nach Meinung von Hüsemann auf dem Spiel. Nicht nur die Rückgewinnung von Vertrauen. Auch die Selbstbehauptung gegenüber den Experten, deren Gutachten mittlerweile Akten füllen. „Wir müssen dokumentieren, daß die Politik mit so einem Problem fertig wird.“ Ein Wunschtraum des Verwaltungschefs wird sich allerdings vorerst nicht erfüllen. Gern würde er beweisen, „daß die beste Bürgerinitiative immer noch die Kommune ist“.

Entschädigungsanspruch im Raum Münnehagen ist bald zu regeln

Planung über weitere Radwege in der Stadt Rehburg-Loccum läuft

21.2.91
Rehburg-Loccum (re). Die CDU-Kreistagsfraktion, die dieser Tage in Münnehagen tagte, hat bei der Landesregierung eine zügige Entscheidung über Entschädigungsansprüche von Landwirten im Raum Münnehagen angemahnt. Ferner ging es um den Radwegbau im Rehburg-Loccumer Stadtgebiet, der forciert werden soll. Das geht aus einer Mitteilung des Kreistagsabgeordneten Willi Heineking hervor.

Nach Auffassung von Werner Siemann werde die Fraktion die Anlieger bei ihrem Bemühen um die Durchsetzung ihrer Entschädigungsansprüche unterstützen. Es müsse ernsthaft darüber verhandelt werden, ob das Land nicht größere Flächen aufkaufen sollte, um den Anwohnern ein anderes Betätigungsfeld zu bieten. Dabei dürfe es nicht nur bei Gesprächszusagen bleiben, sondern müßten Fakten und Angebote gemacht werden.

Bürgermeister Hans Elbers und Kreisrechtsdirektor Peter Briber sagten dazu auf HARKE-Anfrage, entsprechende Verhandlungen würden laufen. Allerdings – so Briber – vermisse er das nötige Tempo, seitdem

die Angelegenheit der Niedersächsischen Landgesellschaft übergeben worden sei.

Rehburg-Loccumer CDU-Abgeordnete sprachen den Radwegbau im Stadtgebiet an, der Gegenstand im Kreis-Straßenbauausschuß sein werde. Auf Nachfrage erklärte Verwaltungschef Dieter Hüsemann, mit dem Ausbau der Strecke zwischen Rehburg und Bad Rehburg werde nach Auskunft des Nienburger Straßenbauamts im zweiten Halbjahr 1991 begonnen. Die innerörtlichen Trassen in Loccum und Rehburg seien in Planung, wobei das Bemühen darauf ziele, auf ein Planfeststellungsverfahren zu verzichten. Das Straßenbauamt habe erklärt, 1992 werde mit dem Bau nicht begonnen.